

Das Ende der „demokratischen Augenheilkunde“ im Deutschen Reich (1928–1933)

The End of the “Democratic Ophthalmology” in the German Empire (1928–1933)

Der politische Wandel, der mit dem Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik einherging, und die Folgen des 1. Weltkrieges veränderten die Augenheilkunde im Deutschen Reich nach 1918, wenngleich personell und wissenschaftsthematisch weitgehende Kontinuität bewahrt wurde [1]. Die Auswirkungen der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers (1889–1945) am 30.1.1933, zu welcher es ohne seine im 1. Weltkrieg erlittene Augenverletzung möglicherweise gar nicht erst gekommen wäre [2], auf die deutsche Ophthalmologie waren ungleich stärker. Sie bestanden vor allem in der Verfolgung und Vertreibung jüdischer Kollegen, in der Unterordnung des Individuums und damit auch des Patienten unter das Wohl des „Volkskörpers“, in dem Versuch, den „genetischen Pool“ des Volkes durch (Zwangs-)Sterilisationen und Euthanasie zu verbessern, sowie schließlich in der Besetzung einflussreicher Positionen „nach Parteibuch“ [3–5]. Nach den heutigen Erkenntnissen muss man davon ausgehen, dass dem NS-Regime seitens der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft (DOG), ja seitens der Augenärzteschaft insgesamt zumindest bis 1938 weit überwiegend mit Sympathie begegnet wurde [3, 5–7]. Ob und inwieweit sich am Ende der Weimarer Republik (1928–1933) auf unserem Fachgebiet Entwicklungen abzeichneten, die 1933 den nahtlosen Über-

gang von der „demokratischen“ zur „nationalsozialistischen Augenheilkunde“ ermöglichten, soll Gegenstand der folgenden Erörterungen sein.

Politische Rahmenbedingungen

Nach den politisch und wirtschaftlich sehr schwierigen Anfangsjahren erreichte die Weimarer Republik ab 1924 eine Phase relativer politischer Stabilität und Prosperität („goldene Zwanziger“), welche mit der Weltwirtschaftskrise 1929 endete. Diese Krise sowie die weiterhin sehr hohen Kriegsfolge- und Reparationslasten führten zu einer sehr starken Überschuldung von Reich, Ländern und Kommunen, welche sich auf alle Lebensbereiche auswirkte (Die Reparationen wurden erst 1932 und damit für die demokratischen Parteien zu spät ausgesetzt). Die Zahl der Arbeitslosen schnellte in die Höhe; sie lag Ende 1932 bei etwa 6 Millionen. Die allgemeine Perspektivlosigkeit führte zu einer starken Verminderung der Geburten- und einer drastischen Erhöhung der Suizidraten. Das soziale Elend breiter Bevölkerungsschichten ab 1929 war, wie auch von den republikanischen Parteien wiederholt attestiert wurde [8], für den Aufstieg Adolf Hitlers und seiner Bewegung entscheidend (Abb. 1). Die von ihm beherrschte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-

partei (NSDAP) war bis 1928 nicht mehr als eine Splittergruppe gewesen. Nach einem starken Zuwachs an Wählern 1930 wurde sie im Juli 1932 mit 37,4% der Stimmen stärkste Partei im Reichstag (Abb. 1). Da die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zur gleichen Zeit 14,6% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, gab es für die demokratischen Parteien ab jetzt keine Mehrheit mehr im Reichstag, das „Bollwerk“ der demokratischen Parteien (Abb. 2) war zu diesem Zeitpunkt zerbrochen.

Hitler verstand es geschickt, die Not zu instrumentalisieren, indem er z.B. vor der Reichstagswahl am 31.7.1932 in seinem am 15.7.1932 über den Rundfunk ausgestrahlten „Appel an die Nation“ unter anderem ausführte:

„Sie (Anmerkung: Die Vertreter der parlamentarischen Demokratie) haben in den Novembertagen 18 (Anmerkung: 1918) feierlich versprochen unser Volk und insbesondere den deutschen Arbeiter einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegenzuführen. Sie können heute, nachdem sie nahezu 14 Jahre Zeit zur Erfüllung ih-

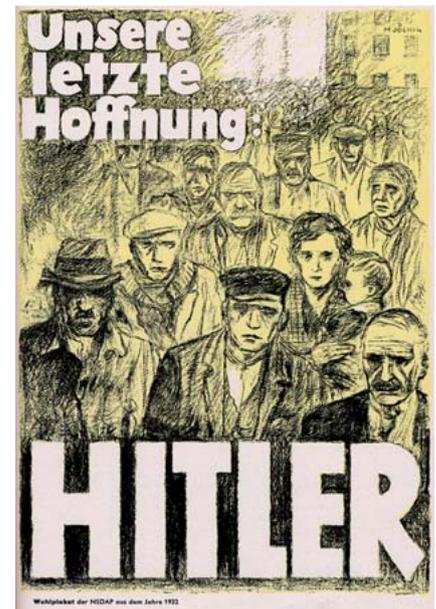


Abb. 1 Wahlplakat von 1932, mit dem die NSDAP die wirtschaftliche Not und die Perspektivlosigkeit thematisierte. Das Plakat wurde von „Mjölnir“ (übersetzt etwa „Hammer des Gottes Thor“) entworfen. Hinter diesem Pseudonym verbarg sich der bereits 1926 in die NSDAP eingetretene deutsche Graphiker Hans Herbert Schweitzer (1901–1980), der von Adolf Hitler zum „Zeichner der Bewegung“ ernannt wurde und u. a. die Hetschchriften von Joseph Goebbels illustrierte. (Aus dem Lehrbuch für Geschichte „Zeiten und Menschen“. Paderborn: Schöningh 1966).

Tab. 1 Stimmenanteil der NSDAP bei den Reichstagswahlen und Entwicklung der Mitgliederzahl 1924–1933.

Reichstagswahl	Stimmenanteil (in %)	Zahl der NSDAP-Mitglieder
4.5.1924	6,6 ¹	2
7.12.1924	3,0 ¹	2
20.5.1928	2,6	ca. 100 000
14.9.1930	18,3	ca. 400 000
31.7.1932	37,4	
6.11.1932	33,1	ca. 800 000
5.3.1933	43,9	ca. 1 000 000

¹ Die NSDAP war wegen des Hitlerputsches vom November 1923 zu diesem Zeitpunkt verboten. Die Stimmen entfielen auf die „Nationalsozialistische Freiheitspartei“, die ein Wahlbündnis mit der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ eingegangen war und als „Ersatzpartei“ für die NSDAP fungierte.

² Wegen des Parteiverbots betrug die Mitgliederzahl (formal) „null“. 1923 hatte die Mitgliederzahl bei ca. 55 000 gelegen, Ende 1925 – nach der Neugründung der NSDAP durch Hitler im Februar des Jahres – lag sie bei ca. 27 000.



Abb. 2 Wahlplakat von 1932 des (katholisch geprägten) „Zentrums“. Der Spitzenkandidat Heinrich Brüning wurde als „letztes Bollwerk“ gegen die radikalen Parteien KPD und NSDAP dargestellt. (Aus dem Lehrbuch für Geschichte „Zeiten und Menschen“. Paderborn: Schöningh 1966).



Abb. 3 Otto Braun (links) mit Rudolf Breitscheid (1874 – 1944) im Berliner Lustgarten bei einer Kundgebung der republikanischen Parteien zur Wahl in Preußen, April 1932 (© Bundesarchiv, Bild 102 – 13 412 / Fotograf: Georg Pahl).

res Versprechens hatten, nicht einen einzigen deutschen Berufsstand als Zeugen für die Güte ihres Tuns anführen. Der deutsche Bauer verelendet, der Mittelstand ruiniert, die sozialen Hoffnungen

vieler Millionen Menschen vernichtet, ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden deutschen Männer und Frauen ohne Arbeit und ohne Verdienst, das Reich, die Kommunen und die Länder überschuldet, sämtliche Finanzen in Unordnung und alle Kassen leer. Was hätten sie überhaupt noch mehr zerstören können. Das schlimmste aber ist die Vernichtung des Vertrauens in unserem Volk, die Beseitigung aller Hoffnungen und aller Zuversicht.“

Man kommt nicht umhin einzuräumen, dass Hitler mit derartigen Äußerungen die Situation durchaus – zumindest zu einem größeren Teil – richtig beschrieb und er insofern folgerichtig den „Nerv“ großer Teile der Bevölkerung traf (Abb. 1).

Der insbesondere von Gerhard Schulz sehr detailliert beschriebene politische Verfall des Weimarer parlamentarischen Systems hatte vor allem ab 1930 mit der Wahl des Zentrums politiklers Heinrich Brüning (1885 – 1970) zum Reichskanzler (bis 1932) eingesetzt, der – eine parlamentarische Mehrheit ließ sich nicht zuletzt wegen der innerparteilichen Zerrissenheit der demokratischen Parteien nicht mehr herbeiführen – Sparmaßnahmen unter Anwendung von Artikel 48 der Reichsverfassung, der eine vorübergehende Aussetzung von demokratischen Grundrechten durch den Reichspräsidenten vorsah, ergriff. Mit diesen vereinzelt schon früher erlassenen, nun aber zur Regel werdenden, auf den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847 – 1934) gestützten „Notverordnungen“ hatte die Volksvertretung als Kontrollorgan praktisch ausgedient, denn auch Brünings Nachfolger als Reichskanzler, Franz von Papen (1879 – 1969) und der letzte Kanzler der Weimarer Republik, Kurt von Schleicher (1882 – 1934), blieben außerstande, stabile, von einer parlamentarischen Mehrheit gestützte Regierungen zu bilden. Auch sie registierten daher mit Notverordnungen, die prinzipiell noch verfassungskonform waren. Sowohl von Papen als auch Schleicher strebten aber darüber hinaus eine antiparlamentarische Verfassungsänderung an. Der Weg in die Hitlerdiktatur war insofern fast zwanglos vorgezeichnet [8, 9]. Er wurde begünstigt durch den sogenannten „Preußenschlag“ vom 20.7.1932, mit dem die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun (1872 – 1955) (Abb. 3) geführte Regierung des mit Abstand größten und einflussreichsten Landes, das sich als „Bollwerk der Demokratie“ verstand, einem Reichskommissar (Franz von Papen)

unterstellt wurde, was eine erhebliche Schwächung der bestehenden republikanischen und föderalen Verfassung bedeutete (Die Regierung des Freistaats Preußen war noch geschäftsführend im Amt gewesen, hatte aber angesichts des starken Stimmenzuwachses der NSDAP bei der Landtagswahl vom April keine parlamentarische Mehrheit mehr besessen). Die beiden letzten Jahre der Weimarer Republik standen im Zeichen an Schärfe zunehmender politischer Gegensätze und erbitterter Straßenschlachten zwischen dem republiktreuen, überparteilichen, wenngleich SPD-dominierten „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, dem „Roten Frontkämpferbund“ der KPD und der Sturmabteilung (SA) der NSDAP, die zahlreiche Todesopfer auf allen Seiten forderten. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg – legal – zum Reichskanzler ernannt. Die Weimarer Republik hatte sich trotz verschiedentlicher Anstrengungen wie z. B. dem vom Juli 1922 bis zum 31.12.1932 geltenden „Republikenschutzgesetz“ oder zuletzt noch der „Eisernen Front“, einem am 16.12.1931 geschlossenen Bündnis von SPD, Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund, Arbeiter-Turn- und Sportbund sowie „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zur Abwendung der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in letzter Minute, nicht zuletzt aufgrund ihrer Liberalität als zu wenig wehrhaft erwiesen.

Die deutsche Augenheilkunde 1928 – 1933

▼ Quellenlage, wirtschaftliche Situation und Systemtreue

In den mittlerweile recht zahlreichen Untersuchungen zu den Universitäten und der Wissenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (z. B. [10, 11]) wird die Augenheilkunde nur ganz am Rande erwähnt. Wir können aber davon ausgehen, dass die Verhältnisse in den anderen akademischen und insbesondere den anderen medizinischen Fächern sich nicht grundlegend von jenen in der Ophthalmologie unterschieden. Angesichts insgesamt spärlicher Quellenlage kommen für die Untersuchungen zur Augenheilkunde am Ende der Weimarer Republik (wieder) nur die einschlägigen Fachzeitschriften – hier sind erneut die „Klinischen Monatsblätter für Augenheilkunde“ am ergiebigsten – sowie die Berichtsbände der Tagungen der DOG in Be-

tracht. Von ihnen wurden die Jahrgänge 1927 – 1933 ausgewertet.

Die ab 1929 einsetzenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschonten auch die Universitäten und deren Klinika nicht, was sich naturgemäß nachteilig auf den Lehr- und Forschungsbetrieb auswirkte. Die Folge war, dass die Vertreter einer neonationalistischen Richtung gegenüber den republiktreuen Professoren, wie in Tübingen, zunehmend die Oberhand gewannen. 1931 schätzte eine große Zahl Tübinger Professoren ihre ökonomische Situation und ihre Arbeitsbedingungen schlechter ein als in Zeiten der Monarchie [11]. Öffentliche Sympathiekundgebungen für Adolf Hitler und seine Partei dürfte es dennoch vor 1933 zumindest von an Universitäten oder kommunalen Krankenhäusern tätigen Ophthalmologen kaum gegeben haben. Dieses nicht zuletzt deshalb, weil die Mitgliedschaft in der NSDAP für Beamte und damit auch für Hochschulprofessoren bis 1932 wenigstens in Preußen untersagt war. So verwundert es nicht, dass von 2000 Lehrstuhlinhabern (aller Fächer) vor 1933 nicht ein einziger Mitglied der NSDAP war (Döring H, zitiert nach [10]). Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass Hitler und die NSDAP 1930 – 1932 (und später) keineswegs als „wissenschaftsfreundlich“ gelten konnten [3]. In den 25 Punkten des Parteiprogramms von 1920 kam das Wort „Wissenschaft“ nicht vor. Trotzdem gab es natürlich auch Wissenschaftler, welche frühzeitig mit dem Nationalsozialismus sympathisierten. Prominentestes Beispiel dafür ist wohl der Physik-Nobelpreisträger von 1919, Johannes Stark (1874 – 1957), der schon 1924 eine Schrift „Hitlergeist und Wissenschaft“ publiziert hatte und 1930 ein Buch mit dem Titel „Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit“ herausgab, in dem er eine deutlich antisemitische Stellung einnahm und sich vorbehaltlos an die Seite seines Freundes Hitler stellte [12]. Folgerichtig wurde Stark 1933 (bis 1939) Präsident der Physikalisch Technischen Reichsanstalt (PTR) und 1934 (bis 1936) Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Von den 14 Professoren, die später – während der NS-Zeit – im „Altreich“ ein Ordinariat für Augenheilkunde inne hatten und NSDAP-Mitglied wurden, trat nur einer der Partei vor der „Machtergreifung“ Hitlers bei. Es war dieses der Kieler Oberarzt Walter Dieter (1895 – 1973), welcher ab 1934 den Lehrstuhl in Breslau bekleidete [6]. Dieter, der wohl einer, wenn nicht der überzeugteste Nationalsozialist

unter den Augenärzten war [13], hatte sich der NSDAP bereits 1923 in Kiel angeschlossen, war nach Verbot und 1925 erfolgter Neugründung der Partei aber erst 1932 wieder Mitglied geworden. Von den niedergelassenen Augenärzten, die „Parteigenosse“ wurden, traten weniger als 5% der NSDAP vor 1933 bei [6]. Legt man den Parteieintritt als Kriterium zugrunde, gab es also nach allem, was bekannt ist, in der Endphase der Weimarer Republik nur eine recht bescheidene Unterstützung für die Hitlerbewegung durch Augenärzte. Die allermeisten der zahlreichen Fachkollegen, die der Partei beitraten, taten dieses erst nach dem 30.1.1933. Neben „später Überzeugung“ haben diesbezüglich vor allem opportunistische Überlegungen eine Rolle gespielt [6]. Der fast ausnahmslos späte Parteieintritt schließt natürlich nicht aus, dass auch die Ophthalmologen bei den Reichstagswahlen 1928 – 1932 in größerer Zahl für die NSDAP votierten. Es ist unumstritten, dass die Hitlerbewegung vor allem von den Studenten und weniger von den „unpolitischen“ Professoren, die sich weit über den Januar 1933 hinaus vor allem „der Einsamkeit des Forschers und der Freiheit der Wissenschaft“ verpflichtet fühlten, in die Universitäten getragen wurde [8, 10]. Bereits ab dem Wintersemester 1929/30, sicher auch als Folge der Weltwirtschaftskrise, beherrschte der nationalsozialistische deutsche Studentenbund (NSDStB) an mehreren Universitäten die Allgemeinen Studentenausschüsse, ab Juli 1931 die gesamte deutsche Studentenschaft [8, 10]. Die prekäre wirtschaftliche Situation, welche die niedergelassenen Kollegen gleichermaßen traf wie jene an den Kliniken, wurde sowohl in den „Monatsblättern“ als auch in den Berichten der DOG erwähnt; meistens nur ganz kurz und manchmal nur indirekt. Theodor Axenfelds Mahnung von 1930, dass Fachbücher erschwänglich bleiben müssten [14], deutete die ökonomische Not vieler Augenärzte ebenso an wie die Mitteilung von 1932 zu dem in Labiau/Ostpreußen niedergelassenen, verdienstvollen Augenarzt Carl Augstein „dass er der Not der Zeit trotzte und darin noch mit seinen 80 Jahren der Jugend als Beispiel dienen könne“ [15]. Ernst Hertel (1870 – 1943) benutzte bei der Eröffnung der 49. Tagung der DOG im Mai 1932 in Leipzig die gleichen Worte als er sagte: „Wir wollen und können es uns trotz aller Not der Zeit nicht versagen, uns zusammenzufinden zum gegenseitigen Gedankenaustausch über Erfahrungen und Fortschritte in unserem schönen

Fach, die alle letzten Endes den uns anvertrauten Kranken zugute kommen sollen“ [16].

Der DOG-Mitgliedsbeitrag wurde von der Mitgliederversammlung für 1929 auf 20 und für 1930 auf 15 Reichsmark festgesetzt. Im Jahre 1932 wurde der § 10 der Satzung dahingehend geändert, dass „die Höhe des jährlichen Beitrages je nach der Wirtschaftslage und dem Bedürfnis“ angepasst werden konnte. Offenbar war die DOG also gezwungen, angesichts der zunehmenden Verarmung ihrer Mitglieder eine Beitragsanpassung nach unten vorzunehmen. Die 50. Jubiläumstagung der DOG zum 70. Geburtstag – die „Geburt“ der DOG wurde seinerzeit auf das formale Gründungsjahr 1863 datiert – wurde für August 1933 in Heidelberg geplant, allerdings, so der Vorstand Mitte 1932, sei „bei der Not der Lage von einem festlichen Begehen abzusehen“ [17]. Die 50. Tagung fiel dann 1933 sogar aus und konnte erst im August 1934 in Heidelberg stattfinden. Die Mehrheit der „Meinungsführer“ der deutschen Ophthalmologie, d. h. die Ordinarien, dürften mit wenigen Ausnahmen keine ausgesprochenen Befürworter der Republik, aber auch (noch) keine Nationalsozialisten sondern weiterhin der vergangenen Monarchie verbunden gewesen sein [1]. Die allgemeine, sehr wahrscheinlich in der gesamten Augenärzteschaft weit verbreitete „Wechselstimmung“ wurde retrospektiv noch einmal in der DOG-Eröffnungsrede von August Wagenmann (1863 – 1955) (Abb. 4) von 1934 zum Ausdruck gebracht, in der Wagenmann sagte:

„Als wir vor 2 Jahren in Leipzig zusammenkamen, befand sich unser Vaterland in tiefster Not. Ein schwerer Druck lag auf uns. Aber wir wollten doch einen Arbeitskongress abhalten, wie in der Eröffnungsansprache betont wurde, zur Förderung unserer Wissenschaft und zum Nutzen unserer Kranken. Wir ahnten nicht, wie tief unser Vaterland gesunken war und wie unsere Verhältnisse einem jähen Abgrund entgegengingen, der ein Chaos heraufbeschworen und unsere Kultur vernichtet hätte. Da kam in letzter Stunde die Rettung. Wir können unserem Geschick nicht dankbar genug sein, dass es unserem Vaterland unseren großen Führer Adolf Hitler sandte, der von unserem unvergesslichen Reichspräsidenten von Hindenburg (Anmerkung: von Hindenburg war kurz zuvor gestorben) zum Reichs- und Volkskanzler berufen, das Steuer ergriff, herumwarf und uns vom Abgrund hinweg und schnell bergauf



Abb. 4 August Wagenmann. Wagenmann war von 1901–1937 Schriftführer der DOG, von 1930 – nach Axenfelds überraschendem Tod – bis 1934 zugleich deren 1. Vorsitzender („Präsident“). Damit war Wagenmann am Ende der Weimarer Republik die entscheidende Persönlichkeit innerhalb der DOG. Von 1917–1944 war er zudem Hauptschriftleiter von „Graefes Archiv“ (Bild aus Graefes Arch Ophthalmol 1954/55; 156: 551).

führte. Wie ein reinigendes Gewitter brauste es dann über unser Vaterland hin, und die kraftvolle Bewegung brachte einen vollkommenen Umschwung aller Verhältnisse“ [18].

Wagenmanns Worten ist unschwer zu entnehmen, wie desolat man die Situation in der späten Weimarer Republik auch innerhalb der Augenärzteschaft empfunden hatte und wie die Hoffnungen auf die neuen Machthaber gesetzt wurden.

Das Verhältnis zu den jüdischen Kollegen



Der Anteil der jüdischen Augenärzte an der gesamten Augenärzteschaft im Deutschen Reich lag Anfang 1933 bei etwa 11% [3]. Da die Emigration erst Mitte 1933 in nennenswertem Umfang einsetzte, dürfte er 1932 etwa gleich groß gewesen sein. Am Ende der Weimarer Republik hatten in Großstädten wie Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg und Stuttgart (mindestens) 16–24%, in Berlin wahrscheinlich über 50% der niedergelassenen Fachgenossen jüdische Wurzeln [4].



Abb. 5 Aurel von Szily. Aus [20].

Der Antisemitismus war unter Hochschullehrern weit verbreitet und verband diese mit dem Nationalsozialismus [10]. Wenngleich die jüdischen Mitbürger seit 1871 pro forma die vollen Bürgerrechte besaßen, blieben sie in öffentlichen Einrichtungen auch während der Weimarer Republik diskriminiert. So war die Professoren- und Dozentenschaft beispielsweise der Universität Tübingen auch schon vor 1933 nahezu frei von jüdischen Kollegen [11]. Trotzdem hatten mit Carl Wessely (1874–1953), Ordinarius in München ab 1924, Alfred Bielschowsky (1871–1940), Ordinarius in Breslau ab 1923, und Aurel von Szily (1880–1945), Ordinarius in Münster ab 1924, knapp 10% der ophthalmologischen Lehrstuhlinhaber während der Weimarer Republik jüdische Wurzeln, sodass bei einem Anteil der jüdischen Mitbürger an der Gesamtbevölkerung zu dieser Zeit von ca. 1% nicht von einer Unterrepräsentierung jüdischer Universitätsprofessoren auf unserem Fachgebiet gesprochen werden kann. Es bleibt aber festzuhalten, dass nach 1925 kein weiterer jüdischer Kollege mehr auf einen deutschen Lehrstuhl berufen wurde, obwohl z.B. mit Max Goldschmidt aus Leipzig (1884–?), Josef Igersheimer (1879–1965) aus Halle/Göttingen oder Martin Zade (1877–1944) aus Heidelberg habilitierte, berufungsfähige jüdische Fachgenossen prinzipiell zur Verfügung standen. In der Endphase der Weimarer Republik war Alfred Bielschowsky Co-Schriftleiter von „Graefes Archiv“, und Aurel von Szily hatte nach dem Tode seines Lehrers Theo-

KLINISCHE MONATSBLÄTTER FÜR AUGENHEILKUNDE

UND FÜR

AUGENÄRZTLICHE FORTBILDUNG

BEGRÜNDET VON W. VON ZEHENDER

IN ERWEITERTER FORM FORTGEFÜHRT

VON TH. AXENFELD

HERAUSGEGEBEN VON

Prof. ASK (Lund), Prof. BEHR (Hamburg), Prof. BIELSCHOWSKY (Breslau), Prof. BIRCH-HIRSCHFELD (Königsberg), Prof. BLESSIG (Dorpat), Prof. BRÜCKNER (Basel), Prof. CLAUSEN(Halle), Prof. DEMARIA(Buenos Aires), Prof. ELSCHING(Prag), Prof. FLEISCHER (Erlangen), Prof. da GAMA-PINTO (Lissabon), Prof. S. R. GIFFORD (Chicago, U.S.A.), Prof. GROENHOJ M (Helsingfors), Prof. GROENOLW(Breslau), Prof. v. GROSS (Budapest), Prof. GRUETER (Münster), Prof. GRÜNERT (Bremen), Prof. HAGEN (Oslo), Prof. HEINE (Kiel), Prof. HERTEL (Leipzig), Prof. E. v. HIPPEL (Göttingen), Prof. v. d. HOEVE (Léden), Prof. ISHIHARA (Tokio), Prof. JESS(Gießen), Prof. KOMOTO(Tokio), Prof. KRÖCKMANN (Berlin), Prof. H. LAUBER(Warschau), Prof. de LIETO-VOLLARO(Mailand), Prof. LINDNER (Wien), Prof. LOHLEIN (Friburg i.Br.), Prof. MAQUÉZ (Madrid), Prof. MÜLLER (Wien), Dr. MENACHO (Barcelona), Prof. MIYASHITA (Tokio), Doz. Dr. Leopold MÜLLER (Wien), Prof. OGDZOW (Warschau), Prof. OELLER (Erlangen), Prof. PASCHÉFF (Sofia), Prof. PETERS (Bostock), Prof. FROEBSTING (Köln), Prof. ROCHAT (Groningen), Prof. SALZ-MANN (Graz), Prof. SCHIECK (Würzburg), Prof. SCHNAIDIGEL (Frankfurt a. M.), Prof. SEEFELDER (Dinsbrück), Prof. SIEGRIST (Bern), Prof. R. SILVA (Lissabon), Prof. VOGT (Zürich), Prof. WEVE (Utrecht), Prof. WILBRAND (Hamburg), Prof. ZIEEMAN (Amsterdam)

REDIGIERT VON

A. VON SZILY

PROF. IN MÜNSTER I. W.

UND

E. ENGELKING

PROF. IN KÖLN

B. KAYSER

AUGENARZT IN STUTTGART

JAHRGANG 1932

89. BAND

JULI–DEZEMBER

Mit 188 Textabbildungen,
22 Tabellen, 3 Bildnissen, 13 teils farbigen Tafeln und 3 Porträttafeln

STUTTGART
VERLAG VON FERDINAND ENKE

Abb. 6 Impressum der „Klinischen Monatsblätter für Augenheilkunde“, Band 89 von 1932. Man beachte die große Anzahl internationaler Mitarbeiter aus zahlreichen Ländern. Die Schriftleitung hatte der jüdische Ordinarius aus Münster, Aurel von Szily, inne. Er wurde von den Nationalsozialisten 1937 unter unwürdigen Umständen dieses Amtes enthoben [3, 19].

dor Axenfeld (1867–1930) ab 1930 die Haupt-Schriftleitung der „Klinischen Monatsblätter“ inne (☉ **Abb. 5, 6**) [3, 19, 20], sodass die maßgeblichen deutschen Fachzeitschriften wesentlich von jüdischen Fachgenossen gestaltet wurden. Aus den Berichten der DOG von 1927–1932 ergeben sich keine Hinweise auf antijüdische Bestrebungen. Auch waren unter den „freiwillig Ausgetretenen“, die im Rechenschaftsbericht für die Mitglieder namentlich erwähnt wurden, jüdische Augenärzte nicht auffällig häufig, ja eher unterproportional vertreten. Eine ganze Reihe von Beiträgen in den „Monatsblättern“ stammte 1929–1932 aus der Feder jüdischer Kollegen, die in Haifa, Tel Aviv und vor allem Jerusalem tätig waren. Ungefähr 6% aller Originalarbeiten, die 1932 in den „Monatsblättern“ (Band 88 und 89) erschienen, hatten jüdische Autoren. Die Berichte der Berliner Augenärztlichen Gesellschaft wurden seit 1903 (bis 1934) vom jüdischen Ophthalmologen Rudolf Paderstein (1873–?) redigiert und in den „Monatsblättern“ publiziert. Zahlreiche der 1932 bei den Sitzungen dieser Gesellschaft gehaltenen Vorträge kamen von jü-

Berlin. Am 9. Oktober 1931 beging Prof. Dr. Oskar Fehr, dirig. Arzt der Augenabteilung am städt. Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Berlin, seinen 60. Geburtstag. Gleichzeitig kann er auf eine 25jährige Dienstzeit an dieser Krankenanstalt zurückblicken. Fehr ist aus der Schule von Jul. Hirschberg hervorgegangen und hat es stets verstanden, im Sinne seines Lehrers, Wissenschaft und Praxis in seinem Berufe harmonisch miteinander zu verbinden. Unsere Fachliteratur verdankt ihm manchen wertvollen Beitrag, nicht zuletzt die Herausgabe der ges. Werke Hirschbergs, zu dessen 70. Geburtstag (gemeinsam mit Wilh. Mühsam). Als Operateur und Konsiliarius erfreut sich O. Fehr in Berlin eines grossen Rufes. Dem auch wegen seinen vornehmen Charaktereigenschaften ungemein beliebten Arzt und Kollegen wünschen wir noch viele Jahre einer segensreichen Tätigkeit!

Abb. 7 Notiz in den „Klinischen Monatsblättern“ zum 60. Geburtstag von Oskar Fehr [22].

dischen Kollegen. Diese beteiligten sich, wie etwa Arthur Czellitzer (1871–1943), Wilhelm Feilchenfeld (1864–?) oder Oskar Fehr (1871–1959), lebhaft an der wissenschaftlichen Diskussion. Oskar Fehr, der wahrscheinlich als erster die makuläre Hornhautdystrophie beschrieb und zwischen fleckiger, gittriger und bröckeliger Hornhautdystrophie differenzierte [21], wurde 1931 in den „Monatsblättern“ zu seinem 60. Geburtstag so herzlich gratuliert [22] (► **Abb. 7**), dass man heute kaum noch zu glauben vermag, dass er nur 2,5 Jahre später von den Nationalsozialisten aus seiner Chefarztarztposition am Virchow-Klinikum vertrieben werden würde. Bisher ist nicht bekannt, dass es unter den jüdischen und den „arischen“ Ophthalmologen in freier Praxis vor 1933 zu wesentlichen Spannungen gekommen wäre. Insgesamt lassen sich somit – zumindest vordergründig und nach den verfügbaren Quellen – antisemitische Tendenzen in der Endzeit der „demokratischen Augenheilkunde“ nicht verifizieren, aber auch nicht ganz ausschließen.

Die Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft (DOG)

Im Jahre 1927 stammten mehr als 25% der DOG-Mitglieder aus dem Ausland [23], und 1932 waren unter 30 Neuaufnahmen 22 Fachkollegen aus dem Ausland [17]. Die DOG war damit, ihrer Tradition entsprechend, immer noch eine internationale Vereinigung, und sie blieb es den Mitgliederlisten zu Folge bis 1933, ja sogar darüber hinaus. Die Zahl der DOG-Mitglieder sank nach 1930, höchstwahrscheinlich als Folge der auch die Augenärzte nicht verschonenden Wirtschaftskrise, deutlich [24] (► **Tab. 2**). Durch den „freiwilligen Austritt“ der jüdischen Kollegen sowie den Austritt auch „arischer“ deutscher und ausländischer

DOG-Mitglieder und vergleichsweise viele Todesfälle hielt der Mitgliederschwind bis 1940 – also auch über die wirtschaftliche Erholung ab 1934 hinaus – an. In keiner anderen Phase ihrer jetzt 155-jährigen Geschichte verlor die DOG über einen so langen Zeitraum so viele Mitglieder [5]. Immerhin blieb der Prozentsatz der DOG-Mitglieder, die an den Tagungen der DOG zwischen 1927 und 1932 teilnahmen, fast unverändert (► **Tab. 2**), sodass sich die prekären Zeitumstände offenbar nicht stärker auf die Fortbildungswilligkeit auswirkten.

Als Tagungsort für 1932 wurde wegen seiner zentralen Lage letztendlich Leipzig von den DOG-Mitgliedern im Jahre 1930 gewählt. Auf das schlesische Breslau, für das laut DOG-Vorstand das „Vorliegen nationaler Gründe“ sprach, entfielen nur geringfügig weniger Stimmen. Auch ermunterte der DOG-Vorstand die Mitglieder, die Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte im September 1930 in Königsberg zu besuchen mit den Worten: „Es stelle jeder eine Spargbüchse auf in seinem Hause, dann geht die weite Reise in unseren treuen, teuren Osten. Auf nach Ostpreußen!“ [25]. Es bestand also unzweifelhaft eine „nationale“ Stimmung der besonderen Verbundenheit mit den überdurchschnittlich stark notleidenden, an der Grenze zu Polen liegenden oder, wie Ostpreußen, abgeschnittenen Gebieten des Deutschen Reichs.

Die DOG ist während der NS-Zeit nach allem was bekannt ist frei von kriminellen Handlungen geblieben. Selbst wenn sie 1934–1945 unter Aufsicht des Reichsministeriums des Inneren geriet, war sie in dieser Periode keine „NS-Organisation“ [3, 5, 7]. Hinweise darauf, dass sich die DOG 1928–1933 konsequent an die Seite von Republik und Demokratie gestellt hätte, sucht man bisher allerdings auch vergeblich.

Tab. 2 Zahl der DOG-Mitglieder und prozentualer Anteil der Tagungsteilnehmer 1927–1934. Nach [24].

Jahr	Zahl der Mitglieder	Prozentsatz der Mitglieder, der die DOG-Tagung im jeweiligen Jahr besuchte
1927	776	26
1928	795	24
1930	806	25
1932	760	25
1934	747	20

Tab. 3 Zahl der Originalarbeiten in „Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde“ und „Graefes Archiv für Ophthalmologie“ 1927–1933. Zugrunde gelegt wurde jeweils das Erscheinungsjahr.

Jahr	Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde	Graefes Archiv für Ophthalmologie
1927	174	52
1928	177	78
1929	165	76
1930	135	106
1931	155	60
1932	144	42
1933	143	77

Die ophthalmologische Forschung und die internationalen Beziehungen der deutschen Augenheilkunde

Gegenüber 1927–1929 verminderte sich die Zahl der Originalpublikationen in den Jahren 1931 und 1932 sowohl in den „Klinischen Monatsblättern“ als auch im „Graefes Archiv“ (► **Tab. 3**). Dieser Rückgang hielt sich zwar in Grenzen, deutet aber an, dass die politischen Wirrnisse und die wirtschaftliche Not nicht ganz ohne Einfluss auf die Forschungstätigkeit blieben. Das Spektrum der wissenschaftlich bearbeiteten Themen veränderte sich 1928–1932 nicht in auffälliger Weise. Die Folgen des 1. Weltkrieges, welche in der augenärztlichen Literatur bis 1924 noch recht stark präsent waren [1], spielten spätestens ab 1927 keine Rolle mehr. Auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik (und darüber hinaus) publizierten zahlreiche ausländische Autoren vor allem aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, den skandinavischen Ländern, Italien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, der Sowjetunion und Japan in den deutschen Fachzeitschriften. Autoren aus Frankreich und England gab es allerdings so gut wie nicht. Die „Klinischen Monatsblätter“ druckten

weiterhin Sitzungsberichte ausländischer Fachgesellschaften wie z. B. der Schweizerischen Ophthalmologischen Gesellschaft, der Niederländischen Ophthalmologischen Gesellschaft, der Ungarischen Ophthalmologischen Gesellschaft oder der Wiener Augenärztlichen Gesellschaft ab. Auch wurde, wie bisher üblich, über internationale Kongresse und internationale Ereignisse auf dem Gebiet der Augenheilkunde berichtet. Die Berufung ausländischer Fachgenossen auf ausländische Lehrstühle wurde von den „Monatsblättern“ ebenso gebracht wie Nachrufe auf bekannte ausländische Ophthalmologen, die verstorben waren. Das Impressum der „Monatsblätter“ von 1932 verzeichnete unter insgesamt 51 „Mitarbeitern“ 31 und damit ca. 60% Nicht-Deutsche (Abb. 6). Theodor Axenfeld betonte 1930 die herzlichen Beziehungen insbesondere zu den holländischen und den japanischen Fachkollegen. Auch stellte er mit Blick auf den 13. Internationalen Ophthalmologen-Kongress in Amsterdam von 1929 fest, dass „der wissenschaftliche Zusammenschluss wieder hergestellt, ja weiter ausgebaut und vertieft worden sei“ [14]. In die verschiedenen internationalen Arbeitsgruppen, wie z. B. den Trachom-Ausschuss, wurden mehrere deutsche DOG-Mitglieder entsandt. August Wagenmann und Emil Krückmann (1865–1944) waren zu den Feiern zum 50-jährigen Bestehen der Französischen Ophthalmologischen Gesellschaft vom 18.–21.7.1932 nach Paris eingeladen. Wagenmann rühmte in seinem Bericht die „überaus liebenswürdige und herzliche Art, in der von allen Seiten für die Gäste ohne jeden Unterschied bei den Feiern und Festlichkeiten in der gastfreundschaftlichsten Weise gesorgt war“ und dass „man die Entwicklung und die Blüte der Französischen Ophthalmologischen Gesellschaft nur mit Freude begrüßen könne“ [26]. Ganz selbstverständlich waren diese Bemerkungen Wagenmanns nicht, galten doch die Franzosen in rechtsnationalen Kreisen der Weimarer Republik nach wie vor als „Erbfeinde“. In der Ophthalmologie verbreitet war wahrscheinlich die vorbildliche Einstellung Theodor Axenfelds, über den sein Schüler Aurel von Szily 1930 posthum schrieb: „Frei von jedem nationalen Dünkel, war das aufrechte Bekenntnis zu seinem Deutschtum einer der markantesten Züge Axenfelds. Er war stets bereit, fremde Verdienste voll anzuerkennen, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, und in dem gegenseitigen Geben und Nehmen der Nationen auf wissenschaftlichem Gebiete sah er etwas geradezu Beseeligendes“

[27]. In diesem Sinne ging die Graefe-Medaille der DOG 1928 auch nicht an einen Deutschen, sondern an Allvar Gullstrand (1862–1930) aus Uppsala/Schweden.

Die Wirtschaftskrise behinderte sicherlich den Besuch von ausländischen Kongressen. So hieß es „Deutschland konnte wegen der wirtschaftlichen Lage keinen Vertreter zu dieser Veranstaltung (Anmerkung: der 3. Jahresversammlung der internationalen Vereinigung für Blindheitsverhütung am 14.11.1931 in Paris) entsenden“ [28]. Es gibt nach derzeitigem Kenntnisstand keine Hinweise, dass die internationalen Beziehungen der deutschen Ophthalmologie, die sich nach 1918 zunächst deutlich verschlechtert hatten [1] und sich ab 1927 wieder zu bessern begannen, durch das bevorstehende Ende der Weimarer Republik und das zunehmende Erstarken der NSDAP Schaden genommen hätten.

Ophthalmologische Rassenhygiene

In der bereits erwähnten Eröffnungssprache anlässlich der 50. Tagung der DOG 1934 führte August Wagenmann aus:

„Die neue Bewegung hat auch der Wissenschaft neue Richtungen gebracht, neue Probleme sind aufgetaucht, einzelne wenig allgemein gepflegte Zweige, wie Rassenkunde und Rassenhygiene, sind in den Vordergrund getreten. Kraftvoll haben wichtige ältere Forderungen Gesetzeskraft erhalten, wie vor allem die Verhütung des erbkranken Nachwuchses. Auch unser Gebiet ist davon betroffen, da vererbte Blindheit und Missbildungen eingeschränkt und verhütet werden müssen. Aufgabe der rein wissenschaftlichen Gesellschaften, wozu wir gehören, ist es, mitzuarbeiten, die Probleme zu behandeln und bereit zu stehen, wenn wichtige ärztliche Volksgemeinschaftsfragen auftreten. Unsere Gesellschaften müssen treu hinter dem Führer stehen, die Aufgaben der Zeit erfassen und mitarbeiten zum Nutzen der leidenden Volksgenossen und zur Verwirklichung der neuen Ideen“ [18].

Die Regierung des NS-Staates hatte schon wenige Monate nach der Machtübernahme, am 14.7.1933, das zum 1.1.1934 in Kraft tretende „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) verabschiedet, auf dessen Basis bis 1945 zwischen 250 000 und 400 000 Sterilisationen, sehr oft unter Zwang, ausgeführt wurden. Knapp 1% aller Sterilisationen erfolgte aufgrund „erblicher Blindheit“. Das GzVeN

wurde auch von den Ophthalmologen bis 1938 intensiv auf Kongressen diskutiert und im Schrifttum thematisiert, wobei hinsichtlich der Unfruchtbarmachung zahlreiche, ganz unterschiedliche Augenerkrankungen in Erwägung gezogen wurden, die kongenitale Katarakt aber im Fokus stand [3, 29–31]. Erklärtes, ja wichtigstes (und schon in Hitlers „Mein Kampf“ von 1925/27, nicht aber im Parteiprogramm von 1920 niedergelegtes) Ziel der Nationalsozialisten war, der vermeintlichen „Entartung“ des Volkes durch genetische und rassistische Selektion zu begegnen. Es muss hierbei jedoch berücksichtigt werden, dass die Wurzeln der Eugenik bzw. wie es im Deutschen Reich hieß, der „Rassenhygiene“ weit in das 19. Jahrhundert zurückreichten [3, 32]. Die Veröffentlichung der Mendel'schen Regeln 1866 und der Deszendenzlehre Charles Darwins (1809–1882) – „The descent of man, and selection in relation to sex“ erschien 1871 – hatte der Vererbungslehre schon im deutschen Kaiserreich starke, neue Impulse verliehen. Mit der Weimarer Republik wurden Vererbungslehre/Rassenhygiene in die Hochschulen implementiert, ohne dass sie sich dort aber wirklich durchsetzen konnten. Die Rassenhygiene wurde in ihrer Anfangszeit vor allem an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Kaiser-Wilhelm-Institut gepflegt [32]. Im August 1921 wurde die „Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft“ gegründet. Das Denken in rassistischen Kategorien schritt in der Weimarer Republik unaufhaltsam voran, vor allem durch das 1922 im J. F. Lehmanns Verlag München veröffentlichte Hauptwerk „Rassenkunde des deutschen Volkes“ und die 1929 publizierte „Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes“ von Hans Friedrich Karl Günther (1891–1968), in welchen den Rassen bestimmte körperliche und geistige Merkmale zugeordnet wurden und die „nordische Rasse“ in der „Wertigkeitsskala“ ganz oben angesiedelt wurde [33]. Der 1932 in die NSDAP eingetretene „Rasse-Günther“, wie er nach 1933 auch hieß, wurde damit schon vor Hitlers Kanzlerschaft zum maßgeblichen Wegbereiter der nationalsozialistischen Rassenideologie. Sogar die unsäglichen Wortschöpfungen von den „Ballastexistenzen“ und dem „lebensunwerten Leben“ stammen aus der ersten deutschen Republik. Sie wurden 1920 von dem Freiburger Psychiater Alfred Hoche (1865–1943) und dem Leipziger Juristen Karl Binding (1841–1920) in ihrem Werk „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form“ formuliert. Für die Autoren

standen in der sehr schwierigen Zeit nach dem 1. Weltkrieg allerdings nicht rassische, sondern vielmehr rein ökonomische Aspekte im Mittelpunkt. Ab Anfang der 20er-Jahre gab es die ersten, zunächst noch zaghaften Forderungen nach einem Sterilisationsgesetz, wie es im Ausland vereinzelt schon existierte. Auch dabei war die Finanzschwäche der Sozialsysteme ganz wesentliche Triebfeder [32]. Noch vor der „Machtergreifung“, 1932, beriet der preußische Gesundheitsrat den Entwurf eines Sterilisationsgesetzes [32]. Die eugenischen Strömungen in der Weimarer Republik, die Wagenmann in seiner Rede von 1934 für die Augenheilkunde mit den „wichtigen älteren Forderungen“ adressierte, erleichterten sicherlich die „eugenische Perversion“ durch die Nationalsozialisten ab 1933. Vor diesem Hintergrund ist jedoch überraschend, dass sowohl in den „Klinischen Monatsblättern“ als auch in „Graefes Archiv“ von 1928–1932 praktisch keine Arbeiten eugenischen Inhalts publiziert wurden, obwohl das Auge zu dieser Zeit das genetisch am besten erforschte Organ des Menschen war. Die in der NS-Zeit als Ophthalmogenetiker hervortretenden Fachkollegen wie z. B. Max Bücklers (1895–1969), der sich intensiv mit den Hornhautdystrophien beschäftigte, publizierten in der Weimarer Republik praktisch ausnahmslos über andere, „unverfängliche“ Themen. In diesem Zusammenhang ist das DOG-Mitglied Heinrich Wilhelm Kranz (1897–1945) zu erwähnen, der Dank sehr guter Verbindungen zur Partei nach der „Machtergreifung“ zu einem der einflussreichsten Rassenhygieniker des „Dritten Reichs“ avancierte [32] und 1939–1942 Rektor der Universität Gießen war. Kranz hatte vor 1927 weit überwiegend zu nicht teratologischen Problemen publiziert und sich 1926 in Gießen für Augenheilkunde habilitiert, was in den „Monatsblättern“ wie üblich angezeigt wurde [34]. Trotz seiner späteren, sehr prominenten Stellung auf dem Gebiet der NS-Rassenhygiene trat Kranz in den Jahren von 1927–1932 in den einschlägigen ophthalmologischen Journalen nur mit einer einzigen teratologischen Arbeit hervor [35]. Man kann, alles in allem, den Eindruck gewinnen, dass die Fragen der „Rassenhygiene“ am Ende der Weimarer Republik auf dem Gebiete der Augenheilkunde zwar latent im medizinischen Alltag präsent waren, sie aber erst mit der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers geradezu explosionsartig in den Fokus des ophthalmologischen Interesses rückten.

Epilog: War alles Weitere vorhersehbar?

▼ Zusammenfassend sind nationalistische und NSDAP-freundliche Strömungen sowie eugenische Überlegungen in der Ophthalmologie der späten Weimarer Republik wahrscheinlich, auch wenn sie sich nach den ausgewerteten Quellen nur eingeschränkt erschließen lassen. Antisemitische Tendenzen können nicht ausgeschlossen werden, aber auch hierfür fehlen eindeutige, direkte Belege. Für den Durchbruch zum Nationalsozialismus war die kleine Gruppe der Augenärzte unbedeutend. Die Fachkollegen haben sich sehr wahrscheinlich – wie später im Nationalsozialismus – nicht anders verhalten als die Bevölkerung insgesamt. In die politischen Geschehnisse und den Umsturz war, soweit bekannt, kein Augenarzt an prominenter Stelle involviert. Angesichts des Ausmaßes der politischen Turbulenzen in den Jahren 1928–1933 sind deren Auswirkungen auf das ophthalmologische Schrifttum erstaunlich dezent.

Als „der Ophthalmologie nahestehende Persönlichkeit“ spielte Albrecht von Graefe-Goldebee (1868–1933) (♻️ **Abb. 8**) in der Weimarer Republik eine nicht unbedeutende politische Rolle [36, 37]. Er war der Sohn des DOG-Gründers und Nestors der deutschen Augenheilkunde, Albrecht von Graefe (1828–1870). Um sich namentlich von seinem Vater zu unterscheiden, nannte er sich nach dem Ort seines ab 1899 von ihm bewirtschafteten Gutshofes in Mecklenburg „Graefe-Goldebee“. 1922 gründete Albrecht von Graefe-Goldebee die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP), welcher er von 1922–1928 vorstand. 1920–1922 saß er für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), 1922–1928 für die DVFP im deutschen Reichstag. Graefe-Goldebee sympathisierte mit Hitler in den Jahren 1923/24, distanzierte sich dann aber deutlich vom zukünftigen Diktator. Der Streit zwischen Graefe-Goldebee und Hitler gipfelte im März 1926 in scharf formulierten, in der „München Augsburger Abendzeitung“ (von Graefe) bzw. im NSDAP-Organ „Völkischer Beobachter“ (Hitler) veröffentlichten, „offenen Briefen“. 1928 zog sich Albrecht von Graefe-Goldebee aus der Politik zurück. Im gleichen Jahr besuchte er die 47. Tagung der DOG in Heidelberg, die ganz im Zeichen des 100. Geburtstages seines Vaters stand. Der „Major Albrecht von Graefe“ wurde von Theodor Axenfeld in seiner Festrede als erster herzlich begrüßt [38]. Es spricht einiges dafür, dass



Abb. 8 Albrecht von Graefe-Goldebee auf dem Weg in den Reichstag zur Vorstellung der neuen Reichsregierung, 26.1.1926 (© Bundesarchiv, Bild 102 – 02239 / Fotograf: Georg Pahl).

Graefe-Goldebee das mit Hitler kommende Unheil vorausahnte. Seine Person wäre beizeiten von Historikern zu untersuchen. Im Kontext der Endphase der Weimarer Republik (aber auch der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft) ist die Frage zentral, ob Hitlers Verbrechen vor allem in Form von Krieg und Völkermord vor 1933 für den „Normalbürger“ und damit auch für die Ophthalmologen prognostizierbar waren. Die Antwort kann und wird je nach Standpunkt unterschiedlich ausfallen. Gewiss, an warnenden Stimmen – auch sehr deutlichen – hatte es nicht gefehlt. So hieß es z. B. in einer Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern, dem zu dieser Zeit Carl Severing (1875–1952) von der SPD vorstand, vom März 1932: „Das Streben der nationalsozialistischen Bewegung nach gewaltsamem Umsturz richtet sich gegen die Verfassung des Deutschen Reiches; es zielt darauf ab, das Volk aus seiner verfassungsmäßigen Stellung als Träger der Staatsgewalt zu verdrängen und muss daher als hochverräterisches Unternehmen im Sinne der §§ 81ff. RStGB (Anmerkung: Reichsstrafgesetzbuch) angesehen werden“ [8]. Auch hatte der seit 1925 (wieder) amtierende, sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Otto Braun (♻️ **Abb. 3**) immer wieder vor Hitler gewarnt, zuletzt noch in seinen 1938 im Schweizer Exil vollendeten und 1940 erschienenen Memoiren „Von Weimar zu



Abb. 9 Titel des Werks von Theodor Heuss über den Nationalsozialismus und Hitler [42]. Anstoß zu der Schrift hatte ein am 26.2.1931 in Tübingen gehaltener Vortrag mit dem Titel „Ist der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung?“ gegeben. Das Buch erschien im Dezember 1931 auf dem Markt (Im Buch selbst wurde als Erscheinungsjahr „1932“ angegeben). Zeitnah erfolgten Übersetzungen ins Schwedische, Italienische und ins Holländische. Es war die erste Schrift überhaupt, die sich mit Hitler und dem Nationalsozialismus „wissenschaftlich nüchtern“ ohne Dogmatik und ohne Polemik befasste. Wegen einiger „zu weicher“ Passagen geriet Heuss in seiner Zeit als Bundespräsident in die Kritik. Das Buch wurde 1933 von den Nationalsozialisten aus den Bibliotheken verbannt.

Hitler“ [39]. In einem Brief vom 4.3.1932 an den Reichskanzler Brüning hatte Braun geschrieben „Wie bei alldem den Legalitätsversicherungen der Partei (Anmerkung: der NSDAP) noch Glauben geschenkt werden kann [...], ist mir verständlich“ [8]. Schließlich waren die noch zu Zeiten der Weimarer Republik veröffentlichten Werke prominenter Nationalsozialisten wie insbesondere von Josef Goebbels (1897–1945) ganz offen durchsetzt von nationalistischen, antidemokratischen, antisemitischen und zum Teil auch expansionistischen Parolen. In seinem Buch „Mein Kampf“ (1. Band „Eine Abrechnung“, 1925. 2. Band „Die nationalsozialistische Bewegung“, 1927) wählte Adolf Hitler immer wieder Formulierungen, mit denen er seine Ziele und späteren Taten einschließlich der Errichtung einer Diktatur, in der für ihn der

Volkswille den höchsten Ausdruck fand, ganz offen darlegte (Der Judenmord wurde allerdings nicht explizit erwähnt). Dem gegenüber ist zu berücksichtigen, dass vor 1933 nur ein kleiner Teil der Bevölkerung und auch der maßgeblichen Politiker der Weimarer Republik den nur schwer lesbaren und verständlichen „Mein Kampf“ – dieser war bis zur „Machtergreifung“ knapp 300 000 mal (freiwillig) erworben worden – überhaupt zur Kenntnis genommen geschweige denn persönlich studiert haben [40]. Da Hitler, welcher der Rede ohnehin weit mehr Bedeutung beimaß als dem geschriebenen Text, sich in mehrfacher Hinsicht über das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 hinweggesetzt und er nicht nur einmal betont hatte, dass es taktisch falsch sei, sich für immer auf einen bestimmten politischen Weg festzulegen, machte sich bei denen, die „Mein Kampf“ tatsächlich kannten, der Eindruck breit, dass es sich hierbei um „Propaganda, die nicht so heiß gegessen wie gekocht wird“ handelt und das Wort Friedrich Schillers (1759–1805) „Stets war die Rede kecker als die Tat“ gültig sein würde [40]. Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning wurde in aller Öffentlichkeit geführt. Auf Brünings Rede vor dem Reichstag am 13.10.1931 z. B. reagierte Hitler mit einem „offenen Brief“, der am 14.10.1931 in der Münchner Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ erschien. Wenngleich er sich darin bezüglich der deutschen Außenpolitik und der Frage der Reparationen in scharfen Gegensatz zu Brüning stellte und auch mit Kritik an der Demokratie nicht sparte, blieb er – so wie er das als Zeuge vor dem Reichsgericht in Leipzig bereits am 25.9.1930 im Prozess gegen 3 Ulmer Reichswehroffiziere getan hatte („Legalitätseid“) – auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Der Brief enthielt weder einen Aufruf zur Gewalt noch antisemitische Passagen [41]. Der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963), der nach der „Machtergreifung“ sein Reichstagsmandat (für die deutsche Staatspartei) verlor und 1936 mit einem Publikationsverbot belegt wurde, führte Ende 1931 in seiner Schrift „Hitlers Weg“ (Abb. 9) aus: „Hitlers Bemühen bleibt deshalb darauf abgestellt, seine taktischen Möglichkeiten freier zu gestalten. Er hat für sich persönlich auch die propagandistischen Folgerungen gezogen und seine Reden, wenn man so sagen will, „humanisiert“. Er schimpft sehr viel weniger. Er frühstückt gar keine Juden mehr. Er kann jetzt stundenlang reden, ohne dass das

Wort „Jude“ überhaupt vorkommt, mit dem sein Aufstieg die geläufigste Pointe besessen hatte; ja er fand, nach dem 14.9.1930, einem Ausländer gegenüber, dass er „gegen anständige Juden gar nichts einzuwenden“ habe“ [42]. Und selbst Hitlers kompromisslosester Gegner nach 1939, der englische Premierminister Winston Spencer Churchill (1874–1965), der so früh und energisch wie kaum ein anderer vor dem deutschen Diktator warnte, subsummierte Hitler noch 1935, 2 Jahre nach dem Ende der Weimarer Republik, unter die „großen Zeitgenossen“, und er schrieb am Anfang des Kapitels „Hitler and his choice“ wörtlich: „It is not possible to form a just judgment of a public figure who has attained the enormous dimensions of Adolf Hitler until his life work as a whole is before us. Although no subsequent political action can condone wrong deeds, history is replete with examples of men who have risen to power by employing stern, grim, and even frightful methods, but who, nevertheless, when their life is revealed as a whole, have been regarded as great figures whose lives have enriched the story of mankind. So may it be with Hitler“ [43]. Der historisch sehr interessierte Churchill kannte „Mein Kampf“, der als „My Struggle“ in einer ersten, gekürzten Version zusammen mit einer Übersetzung des Parteiprogramms der NSDAP 1933 in London erschienen war (Die erste vollständige englische und amerikanische Übersetzung kam 1939 auf den Markt. Auch erfolgten Übersetzungen in zahlreiche weitere Sprachen. Josef Stalin (1878–1953) soll sich mit „Mein Kampf“ vor Ausbruch des 2. Weltkrieges intensiv auseinandergesetzt haben [40]). Die im In- wie im Ausland verbreitete Ansicht, dass sich Hitler, so er denn erst Staatsmann wäre und seine Propaganda ihren Zweck erfüllt hätte, „mäßigen“ würde, erscheint auch heute noch nachvollziehbar. Berücksichtigt man das seinerzeit herrschende soziale Elend mit der Konsequenz, dass sehr große Teile der deutschen Bevölkerung 1932 nur die Alternative zwischen bolschewistischer und antibolschewistischer Diktatur sahen [40], erscheint es plausibel, dass die Stimmabgabe für Adolf Hitler bei den Reichstagswahlen 1928 bis 1932 und der Eintritt in die NSDAP bei großen Teilen der Bevölkerung und auch den Augenärzten in „prospektiv gutem Glauben“ erfolgten. Wie die alleinige NSDAP-Mitgliedschaft (ohne kriminelle Handlungen) heute zu bewerten ist, wird kontrovers diskutiert. Zweifellos wurde mit dem Parteieintritt, zu dem sich schließlich 48% der Inhaber

ophthalmologischer Lehrstuhlinhaber und 30% der niedergelassenen Augenärzte entschlossen [6], aus ganz verschiedenen Gründen Sympathie mit dem Regime ausgedrückt. Dieses musste sich aber nicht unbedingt in konkretem Handeln manifestieren. So fanden sich unter den Ophthalmologen Befürworter und Gegner einer strengen Auslegung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14.7.1933, welches die Grundlage für die (Zwangs-)Sterilisationen bildete, unter NSDAP-Mitgliedern und -Nichtmitgliedern in gleicher Weise [3, 6]. Zudem ist zu berücksichtigen, dass auch „Parteigenossen“ durchaus in Distanz zur Partei geraten konnten. Nicht wenige „Pg“ galten innerhalb der NSDAP als „unzuverlässig“, und es gab Ausschlussverfahren durch die Parteigerichte in keineswegs geringer Zahl. Bezeichnend, wenngleich sicher eine Ausnahme darstellend, ist der Professor für Geschichte Heinrich Dannenbauer (1897–?), welcher als früher „Pg“ (1932) der Tübinger Universität vom nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Württembergs Christian Mergenthaler (1884–1980) als Ordinarius quasi aufgezwungen wurde. Dannenbauer verweigerte ab 1934 jegliche Parteiarbeit und das Tragen des Parteiabzeichens, mied Parteiveranstaltungen und bekannte, dass „die wissenschaftliche Tätigkeit eines Professors [...] weder der Billigung noch der Missbilligung einer Behörde unterliege“. Die Frage nach seiner Stellung zum „Führer“ beantwortete er vielsagend und geradezu prophetisch mit der Antwort, „dass man ihm diese Frage noch einmal in vierzig Jahren stellen möge“, woraufhin seine Ablösung gefordert wurde [10]. Selbst unter den Beteiligten am gescheiterten Hitlerattentat vom 20.7.1944 waren mit dem Diplomaten und ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg (1875–1944), der den Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 bis zuletzt verhindern wollte, und dem Berliner Polizeipräsidenten Wolf-Heinrich Graf von Helldorf (1896–1944) mindestens zwei NSDAP-Mitglieder, die vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Die Vorhersagbarkeit von Hitlers Verbrechen sowie die Wertigkeit einer NSDAP-Mitgliedschaft und damit das Verhalten unserer seinerzeitigen Fachgenossen sind nur vor dem Hintergrund des Zeitgeschehens verständlich, auf das deshalb an dieser Stelle etwas ausführlicher eingegangen wurde. Noch heute sind wir Mediziner und Ophthalmologen direkt von diesen Fragen

betroffen. So wurde erst kürzlich die auch das augenheilkundliche Fachgebiet betreffende „Wegener'sche Granulomatose“ in „Granulomatose mit Polyangiitis“ (PGA) umbenannt [44]. Wenngleich der internationalen Konsensus-Konferenz, welche diesen Beschluss im Jahre 2010 herbeiführte, auch an einer mehr pathophysiologisch orientierten Nomenklatur und an einer generellen Zurückdrängung von Eponymen gelegen war, so war der Auslöser die im Jahre 2006 durch eine Publikation im „Lancet“ [45] öffentlich gemachte NSDAP- und SA-Mitgliedschaft des deutschen Pathologen Friedrich Wegener (1907–1990), welcher diese Granulomatose in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts erstmals als eigenständiges Krankheitsbild beschrieben hat. Ohne dass Wegener sonst bisher eine Verfehlung nachgewiesen werden konnte, wurde vor allem sein NSDAP- und SA-Beitritt, der noch in der Weimarer Republik erfolgte, von (überwiegend amerikanischen) Rheumatologen dahingehend interpretiert, dass er „highly complicit with the nazi regime“ gewesen sei. Auch wurde noch 2007 geschrieben „The German medical establishment even to this day favors silence, encouraging „not soiling one's own nest“ (Nestverschmutzen)“ [46], eine abwegige Behauptung, welche offenbar in Unkenntnis der in Deutschland seit 30 Jahren überaus intensiven Beforschung der NS-Medizin abgegeben wurde (Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse zur NS-Medizin erfolgte jüngst durch Jütte [47]). Auf augenärztlichem Fachgebiet gibt es noch mindestens ein Syndrom, eine Erkrankung, ein Operationsverfahren und eine morphologische Entität, die nach einem Fachkollegen mit NSDAP-Parteibuch benannt sind. Der Autor möchte auf eine Darlegung der Namen verzichten, da er, wie im Falle Friedrich Wegeners [48], eine neue Namensgebung zur jetzigen Zeit und ohne über die Parteimitgliedschaft hinausgehendes „belastendes Material“ weder für notwendig noch für sinnvoll hält. Es mag angehen, dass uns diese Problematik zukünftig noch einmal beschäftigen wird. Wir sollten uns dann aber daran erinnern, dass die Verhältnisse, die zum Scheitern der Weimarer Republik und zur nachfolgenden Diktatur Hitlers führten, sehr schwierig waren und unseren damaligen Vorfahren und Fachkollegen der heutige, erhöhte Standpunkt fehlte. Es gilt insoweit, was der emeritierte Professor für neuere Geschichte an der Universität Stuttgart und Mitinitiator des Holocaustdenkmals unweit des Brandenburger Tors in Berlin,

Eberhard Jäckel (geb. 1929), in der Einleitung zur von ihm kommentierten Neuauflage von Theodor Heuss' „Hitlers Weg“ im Jahre 1968 schrieb:

„Historische Entwicklungen vorauszusagen oder auch nur die Gegenwart richtig zu interpretieren, ist offenbar zu allen Zeiten viel schwieriger gewesen, als es die meisten nachlebenden Betrachter später wahrhaben wollen.“

Mit dieser Arbeit wird die Serie „Die Deutsche Augenheilkunde vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus“ vorerst abgeschlossen.

Interessenkonflikt: Nein

J.M. Rohrbach

Department für Augenheilkunde, Forschungsbereich Geschichte der Augenheilkunde, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Literatur

- 1 Rohrbach JM. Die deutsche Augenheilkunde am Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (1915–1925). *Klin Monatsbl Augenheilkd*. DOI: 10.1055/s0031-1273248
- 2 Rohrbach JM. Die Augen Adolf Hitlers. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2011; 228: 644–650
- 3 Rohrbach JM. Augenheilkunde im Nationalsozialismus. Stuttgart: Schattauer 2007
- 4 Rohrbach JM, Süßkind D, Hennighausen U. Jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus – eine Gedenkliste. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2011; 228: 70–83
- 5 Rohrbach JM. Die DOG im „Dritten Reich“ (1933–1945). In: Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft (Hrsg.) *Visus und Visionen. 150 Jahre DOG (Festschrift)*. Köln: Biermann 2007, 33–62
- 6 Rohrbach JM. Deutsche Augenärzteschaft und NSDAP. *Sudhoffs Archiv* 2008; 92: 1–19
- 7 Rohrbach JM. Die Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft (DOG) im Nationalsozialismus. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2006; 223: 869–876
- 8 Schulz G, Maurer I, Wengst U. Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Düsseldorf: Droste 1977
- 9 Schulz G. Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933. Berlin: Walter de Gruyter 1992
- 10 Adam DU. Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen: JCB Mohr 1977
- 11 Paletschek S. Die permanente Erfindung der Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Stuttgart: Franz Steiner 2001
- 12 Stark J. Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit. München: Deutscher Volksverlag E. Böpple 1930
- 13 Rohrbach JM. Bombenkrieg, Augenverletzungen und die Luftschutzbrille nach Walter Dieter. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2008; 225: 896–901
- 14 Axenfeld T. Eröffnungsrede. In: Wagenmann A. Bericht über die achtundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthal-

- mologischen Gesellschaft in Heidelberg. München: JF Bergmann 1930, 1–6
- 15 NN. Offene Korrespondenz/Personalien. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1932; 88: 387–388
- 16 Hertel E. Eröffnungsrede. In: Wagenmann A. Bericht über die neunundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Leipzig 1932. München: JF Bergmann 1932, 1–2
- 17 Wagenmann A. Protokoll über die Mitgliederversammlung. In: Wagenmann A. Bericht über die neunundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Leipzig 1932. München: JF Bergmann 1932, 557–568
- 18 Wagenmann A. Bericht über die fünfzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1934. München: JF Bergmann 1934
- 19 Rohrbach JM, Szurman P, Thanos S. Zum 130. Geburtstag und zum 65. Todestag: Der Schriftleiter der „Monatsblätter“, Aurel von Szily, und sein unveröffentlichtes Lebenswerk über die kongenitalen Papillenanomalien. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2010; 227: 659–662
- 20 Engelking E. Aurel von Szily gestorben! *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1945/46 111: 65–68
- 21 Lisch W, Seitz B. Neue internationale Klassifikation der Hornhautdystrophien. *Ophthalmologie* 2011; 108: 883–896
- 22 NN. Offene Korrespondenz/Personalien (Zum 60. Geburtstag von Oskar Fehr). *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1931; 89: 525
- 23 Wagenmann A. Bericht über die sechsundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1927. München: JF Bergmann 1927, 472
- 24 Esser A. Geschichte der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft. Zur ersten Säcularfeier im Auftrage der Gesellschaft geschrieben. München: JF Bergmann 1957
- 25 Wagenmann A. Protokoll der Mitgliederversammlung am 13. Juni 1930. In: Wagenmann A. Bericht über die achtundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1930. München: JF Bergmann 1930, 385–393
- 26 Wagenmann A. Offene Korrespondenz. Rückblick auf den 45. Kongress der Französischen Ophthalmologischen Gesellschaft vom 18.–21. Juli 1932 und der damit verbundenen Feier des 50-jährigen Bestehens der Gesellschaft. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1932; 89: 246–248
- 27 v. Szily A. Theodor Axenfeld †. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1930; 85: I–XVI
- 28 NN. Offene Korrespondenz/III. Jahresversammlung der Internationalen Vereinigung für Blindheitsverhütung. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1932; 88: 387
- 29 Fleischer B. Schließt die Behandlungsmöglichkeit eines Erbleidens die Anwendung des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses aus? In: Engelking E. Bericht über die zweiundfünfzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1938. München: JF Bergmann 1938, 203–209
- 30 Clausen W. Die Aufgaben des Augenarztes bei der Verhütung erbkranken Nachwuchses. In: Wagenmann A. Bericht über die einundfünfzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1936. München: JF Bergmann 1936, 91–102
- 31 Gütt A (Hrsg.) Handbuch der Erbkrankheiten. Erbleiden des Auges. Band 5. Leipzig: Georg Thieme 1938
- 32 Weingart P, Kroll J, Bayertz K. Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992
- 33 Günther HFK. Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes. München: JF Lehmanns 1943
- 34 NN. Offene Korrespondenz/Personalien (Habilitation Kranz). *Klin Monatsbl Augenheilkd* 1926; 77: 840
- 35 Kranz HW. Über eine seltene angeborene Mißbildung der Haut mit doppelseitigem symmetrischen Lipodermoid der Conjunctiva bulbi. *Graefes Arch Ophthalmol* 1927; 118: 167–174
- 36 Bräuninger W. „Schreiben Sie Ihre Briefe mit der Schreibmaschine!“ Adolf Hitlers Kampf gegen Albrecht von Graefe. In: Bräuninger W. Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921–1945. München: Herbig 2004, 38–60
- 37 http://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht_von_Graefe_
- 38 Axenfeld T. Festrede zum 100. Geburtstag Albrecht von Graefes und zur Übergabe der Graefe-Medaille an Allvar Gullstrand. In: Wagenmann A. Bericht über die siebenundvierzigste Zusammenkunft der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft in Heidelberg 1928. München: JF Bergmann 1929, 3–25
- 39 Braun O. Von Weimar zu Hitler. New York: Europa Verlag 1940
- 40 Lange K. Hitlers unbeachtete Maximen. „Mein Kampf“ und die Öffentlichkeit. Stuttgart: Kohlhammer 1968
- 41 Hitler A. Antwort auf die Reichskanzler-Rede vom 13. Oktober 1931 (Offener Brief vom 14. Oktober 1931). In: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning. München: Franz Eher Nachf 1932, 17–40
- 42 Heuss T. Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Stuttgart: Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1932
- 43 Churchill WS. Great contemporaries. London: Thornton Butterworth 1935, 261–269
- 44 Falk RJ, Gross WL, Guillevin L et al. Granulomatosis with polyangiitis (Wegener's): An alternative name for Wegener's granulomatosis. *Arthritis&Rheumatism* 2011; 63: 863–864
- 45 Woywodt A, Haubitz M, Haller H et al. Wegener's granulomatosis. *Lancet* 2006; 367: 1362–1366
- 46 Lefrak SS, Matteson EL. Friedrich Wegener. The past and present. *Chest* 2007; 132: 2065
- 47 Jütte R. Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Göttingen: Wallstein 2011
- 48 Grzybowski A, Rohrbach JM. Sollten wir auf das Eponym „Wegener'sche Granulomatose“ verzichten? Ein historischer Exkurs. *Klin Monatsbl Augenheilkd* 2011; 228: 641–643

Bibliografie

DOI <http://dx.doi.org/10.1055/s-0031-1282035>
 Online-Publikation: 1.2.2012
Klin Monatsbl Augenheilkd 2012; 229: 735–744
 © Georg Thieme Verlag KG Stuttgart · New York ·
 ISSN 0023-2165

Korrespondenzadresse

Prof. Dr. Jens Martin Rohrbach

Department für Augenheilkunde, Forschungsbereich Geschichte der Augenheilkunde, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
 Schleichstr. 6–12
 72076 Tübingen
 Tel.: ++49/70 71/298 47 61
 Fax.: ++49/70 71/294 72
Martin.Rohrbach@med.uni-tuebingen.de